

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

8.1.1931 (No. 6)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Herrnredner
Nr. 958
und 954
Börschhofstraße
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanngewaltiger Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Waischindbruch, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Printer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckausgaben und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember 1930.

Im letzten halben Monat des alten Jahres ist die Arbeitslosenlast in ganz Südwestdeutschland besonders stark gestiegen; in einigen Arbeitsamtsbezirken ist infolge der Stilllegungen in der Tabakindustrie eine sprunghafte Steigerung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Der Arbeitsmarkt für Männer erlitt in allen Bezirken eine weitere saisonmäßige Verschlechterung, die sich hauptsächlich wieder auf das Baugewerbe, die Industrie der Steine und Erden und die Landwirtschaft erstreckte, sowie auf die von der Beschäftigung dieser Berufsarten abhängigen Zweige der metall- und holzverarbeitenden Industrie. Auch in der Textilindustrie, im Bekleidungs- und im Nahrungsmittelgewerbe ist der Beschäftigungsrückgang nach Weihnachten als eine saisonmäßige Erscheinung anzusehen. Die Zahl der arbeitsfindenden Männer ist von 178 000 zur Monatsmitte auf 193 000 am Monatsende um rund 15 000 oder 8,6 v. H. angewachsen. Die Zahl der arbeitsfindenden Frauen vermehrte sich infolge der Entlassungen in der Tabakindustrie verhältnismäßig noch viel stärker, nämlich um mehr als 18 v. H. von 39 353 auf 45 594. Die Gesamtbeschäftigung des Arbeitsmarktes stieg von 217 567 Personen auf 242 065. Die größte Zunahme entfiel auf das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, das Mitte Dezember 6200, am Monatsende aber 17 000 Arbeitslose zählte. Dabei kommt der tatsächliche Beschäftigungsrückgang der Tabakindustrie in der Statistik noch gar nicht voll zur Geltung; es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß sich diese Zahl bis Mitte Januar nochmals mehr als verdoppelt.

Auch in der Zahl der Unterstützungsempfänger kommt, trotzdem sie um rund 11 000 Männer und über 2000 Frauen zugenommen hat, der Ernst der Lage noch nicht voll zum Ausdruck. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am Schluß des Dezember folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 116 931 Personen (100 268 Männer, 16 663 Frauen), in der Kräfteunterstützung 24 419 Personen (22 021 Männer, 2398 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 13 029 Personen oder um 10,1 v. H., von 123 321 Personen (111 322 Männer, 12 000 Frauen), auf 141 350 Personen (122 289 Männer, 19 061 Frauen); davon kamen auf Württemberg 64 032 gegen 57 080, und auf Baden 77 318 gegen 71 241 am 15. Dezember 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen Ende Dezember 1930 auf 1000 Einwohner 28,1 Hauptunterstützungsempfänger gegen 19,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe wurde durch die Witterung vergrößert. Der Stand an Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern eingetragen sind, ist gegen die Monatsmitte um 3700 gelernte Bauarbeiter und um 2200 Bauhilfsarbeiter gestiegen. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Bauarbeiter betrug nunmehr rund 49 000 Mann gegen 41 000 Ende Dezember vorigen Jahres. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe dürfte damit rund 60 v. H. der Arbeitererschaft erfasst haben. In den Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge waren Ende Dezember noch 3000 Mann als Notstandsarbeiter beschäftigt, das waren um 900 weniger als in der Monatsmitte.

In der Industrie der Steine und Erden waren wieder alle einschlägigen Branchen mit starken Entlassungen beteiligt. Der Zugang an Arbeitslosen mit rund 1000 Mann war doppelt so stark wie in der ersten Monatshälfte. Der Stand an Arbeitslosen war mit rund 7200 Personen um 3000 höher als im Vorjahr.

Die Landwirtschaft legte sich mit ihren Kräfteanforderungen immer noch starke Zurückhaltung auf. In diesem Jahre blieb auch der über die Arbeitsämter gehende Stellenwechsel zu Neujahr und zu Lichtmess ziemlich ohne Einfluß auf die Vermittlungsergebnisse, die sehr stark gegen die Vorjahre zurückblieben. Einige Arbeitsämter konnten für die Forstwirtschaft noch zahlreiche Vermittlungen tätigen; in den Hauptbezirken sind aber so umfangreiche Entlassungen von Holzhauern und anderen Waldarbeitern vorgenommen worden, daß die Zugänge die Abgänge im ganzen übertrafen.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe ist eine kleine Entlastung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Hier konnten für Weihnachten und Neujahr zahlreiche Stellengehende kurzfristig untergebracht werden. Die Vermittlungstätigkeit für die Winterkurorte war außerordentlich gering. Eine weihnachtliche Belebung des Straßbedarfs machte sich noch für die Bereiche des Reinigungs- und des Körperpflege geltend. Auch die Stellengehenden in der Berufsgruppe „Hausliche Dienste“ haben sich vermindert.

Der Anstieg der Arbeitsfindenden aus der Metallindustrie scheint in der zweiten Dezemberhälfte nicht mehr so stark gewesen zu sein. An größeren Entlassungen wurde nur die Durchführung der Stilllegung einer württembergischen Landmaschinenfabrik mit 250 Arbeitern gemeldet; außerdem entließ, ebenfalls in Württemberg, eine Metallwarenfabrik 200 Arbeitskräfte. Für den Monat Januar liegen aber eine ganze Reihe von Stilllegungsanzeigen vor, die Hunderte von Metallarbeitern aller Branchen mit Arbeitslosigkeit bedrohen. Es kommt hier auf die Entwicklung in den nächsten Tagen an und

Letzte Nachrichten

Kabinettsbesprechung über den Ruhrkonflikt Dietrich wieder in Berlin — Stegerwald fährt zum Kanzler

WB. Berlin, 8. Jan. (Priv.-Tel.) Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dietrich hat seinen Urlaub beendet und ist heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen. Unter seinem Vorsitz begann um 11 Uhr eine Konferenz der in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts, die vor allem der Frage galt, welche weiteren Schritte zur Beilegung des Konfliktes im Ruhrbergbau unternommen werden sollen.

In Kreisen der Reichsregierung sieht man noch keineswegs alle Möglichkeiten als erschöpft an. Sie dürften z. B. soweit die Frage des Fehlbetrages der Knappschaft das Problem erschwert, in einem Ausgleich zwischen Knappschafts- und Invalidenversicherung liegen. Bei der Schaffung des Knappschaftsgeleges im Jahre 1925 wurde festgelegt, daß die Knappschaft beim Bezug beider Renten nur die Zuschläge zahlt, während die Grundrente von der Invalidenversicherung getragen wird. Man denkt offenbar an eine Entlastung der Knappschaft auch von einem Teile der Zuschläge. Jedenfalls müssen die feststehenden 80 Millionen für die Knappschaft beschafft werden, da sie doch einen erheblichen Teil ihres Gesamtetat von 210 Millionen ausmachen. Eine Befreiung dieser Schwierigkeit ohne Beitragserhöhung würde zweifellos eine Erleichterung der Gesamtsituation im Ruhrkonflikt bedeuten.

Darüber hinaus ist anzunehmen, daß der Reichsarbeitsminister auch wegen der Höhe der Lohnsenkung in Verhandlungen mit den Parteien Fühlung nimmt, wenn die Knappschaftsfrage geklärt ist. Zunächst wird er voraussichtlich heute nachmittags nach Schneidemühl fahren, um den Kanzler von dem Ergebnis der Kabinettsbesprechung zu unterrichten und sein Einverständnis für das weitere Vorgehen einzuholen.

Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie

WB. Halle, 8. Jan. (Tel.). Nach 30stündiger Verhandlung fällt der Schlichtungsausschuß Halle heute in der vierten Morgenstunde im Lohnstreit in der mitteldeutschen Metallindustrie für die Tarifgebiete Halle, Magdeburg, Anhalt und Thale einen Schiedsspruch, der die alten Lohnsätze vom 18. Febr. 1928 am 12. Jan. 1931 wieder in Kraft setzt. Am 2. Febr. werden die Stundenlöhne der Affordarbeiter um weitere 2 Pf., d. h. von 80 auf 82 Pf. gesenkt. Der Antrag auf Einführung von Ortsklassen in Anhalt ist abgelehnt worden. Damit werden die Löhne um 4 Pf. in der Spitze abgebaut. Die Arbeitgeber hatten eine Lohnsenkung von 15 Prozent gefordert. Die vorstehende Regelung kann erstmalig mit vierwöchentlichem Frist zum 1. August 1931 gekündigt werden. Erlösungsfrist bis Donnerstag, 15. Januar.

besonders auch darauf, ob die in ausgedehntem Maße eingeführte Sturzarbeit beibehalten werden kann.

Auch in der Textilindustrie ist die Lage noch ungeklärt. Die nach Weihnachten bei den Arbeitsämtern erschienenen Arbeitslosen dürfen als saisonmäßig bedingter Zugang angesehen werden. Ob die Beschäftigungslage in der Textilindustrie, die augenblicklich in Südwestdeutschland im großen und ganzen immer noch die verhältnismäßig am besten beschaffte Gewerbebranche ist, ebenfalls von allgemeinen Konjunkturrückgang stärker in Mitleidenschaft gezogen werden soll, wird erst die Entwicklung der nächsten Wochen zeigen.

In der Papierindustrie hat ein Betrieb der Zellstofffabrikation in Württemberg 80 Arbeiter entlassen. Durch die Stilllegungen in der Tabakindustrie wird die Kartonnagenfabrikation ungünstig beeinflusst.

In der Holzindustrie war der Beschäftigungsrückgang wieder besonders stark. An den Entlassungen waren die Sägewerke und vor allem auch die Möbelfabrikation beteiligt. Bei einer Möbelfabrik betragen die Entlassungen 100, bei einer anderen 70 Mann. In der Harmonikaindustrie ist die Arbeitslosenzahl weiter angewachsen. Durch die Stilllegungen in der Tabakindustrie wurden auch zahlreiche Arbeiter in der Zigarrenzuckerfabrikation arbeitslos.

Ausschlaggebend für die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland waren in der Berichtszeit die großen Stilllegungen in der Tabakindustrie, die in Württemberg die Arbeitsamtsbezirke Heidenheim, Geisbrunn und Tübingen betrafen und in Baden in den Bezirken Heidelberg, Bruchsal, Lahr, Mannheim, Freiburg und Offenburg eine starke Vermehrung des Arbeitslosenheeres herbeiführten. Augenscheinlich ist die Lage noch nicht ganz zu übersehen. In der Statistik der Arbeitsämter erschien im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe bis Ende des Monats erst ein Zugang von 11 000 Arbeitslosen. Insgesamt beschäftigt die südwestdeutsche Tabakindustrie rund 50 000 Arbeiter, von denen vier Fünftel Frauen sind.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe ist insbesondere in der Schuhindustrie ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Ein Großbetrieb entließ 130 Arbeitskräfte. In den übrigen Branchen des Bekleidungs- und Schuhgewerbes setzte der alljährliche saisonmäßige Rückgang ein.

*Vor der Genfer Ratstagung

Das Jahr 1931 wird zweifellos für das Schicksal des Völkerbunds von entscheidender Bedeutung sein. Unter Umständen könnte die betreffende Entscheidung sogar seine Existenz berühren. Wenn der Völkerbund so weiter funktioniert wie bisher, hat er für alle nicht dem französischen Bündnisystem angehörenden Staaten seinen Zweck verloren.

Schon von Anfang an war der Völkerbund kein vollkommenes Gebilde. Von vornherein haben ihm zwei Weltmächte, Nordamerika und Sowjetrußland, als Mitglieder gefehlt. Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um sich davon zu überzeugen, daß ein ganz gewaltiger Teil der Bevölkerung der Erde im Völkerbund nicht vertreten ist, ja bewußt als Mitglied mit ihm nichts zu tun haben will. Das bedingte sicherlich schon im Keime eine Schwäche der Position des Bundes.

Die Politik, die bisher der Völkerbund getrieben hat, war weder geeignet, die Abstinenz Nordamerikas oder Sowjetrußlands zu überwinden, noch die im Weltkrieg besiegten Staaten mit Begeisterung für den Bund zu erfüllen. In allen wichtigen Fragen hat er bis jetzt versagt: in der Frage der Abrüstung, in der Frage der Reparationen, die ihn allerdings nur mittelbar angeht, und in der Frage des Schutzes der Minderheiten.

Der Völkerbund ist so recht ein Instrument französischer Politik. Frankreich ist das Land, das an der Existenz des Völkerbunds das größte Interesse hat. Mit den Mitteln des Völkerbunds ist Frankreich bemüht, seinen Gewinn aus dem Weltkriege gegen jede Eventualität zu schützen, und seine Trabanten, deren Territorien sehr erheblicher Grenzkorrekturen bedürfen, gehen mit ihm in diesem Bestreben Hand in Hand.

Der Politik Frankreichs und seiner Schützlinge ist es neuerdings sogar gelungen, in Sachen des Minderheitenproblems im Völkerbund Auffassungen durchzudrücken, die praktisch auf nichts anderes hinauslaufen, als auf die Anerkennung der These, daß alle nationalen Minderheiten schleunigst und durchaus in dem Nationalstaat aufzugehen haben, dem sie von der Willkür eines verblödeten Stregers nun einmal zugewiesen worden sind. Und, wenn diese nationalen Minderheiten ihr Volksbewußtsein nicht so ohne weiteres preisgeben wollen, ohne dabei übrigens im geringsten gegen die Gesetze selbst zu verstoßen, dann werden sie in einer Weise drangalieriert, die, soweit dabei das polnische Regime in Betracht kommt, fast an die armenischen Greuel erinnert.

Es ist selbstverständlich, daß sich Deutschland diese Vergewaltigung und Drangalierung seiner Volksgenossen jenseits der deutschen Grenzen nicht gefallen lassen wird. Und der Völkerbund wird in seiner kommenden Tagung wohl oder übel zu unseren Beschwerden in Sachen der überschleifischen Greuel Stellung nehmen müssen.

Noch in einer andern Beziehung hat Frankreich seinen Willen durchgedrückt: in der Abrüstungsfrage. Frankreich hat es mit Englands Hilfe verstanden, die Dinge so zurechtzuschieben, daß selbst dann, wenn eine scheinbare Abrüstung irgendwann einmal beschlossen werden sollte, die militärische Überlegenheit Frankreichs dennoch garantiert bleibt. Daß Deutschland sich mit einer derartigen Regelung nicht abfinden wird, versteht sich gleichfalls von selbst. Die Frage der Abrüstung und des Termins für die Einberufung der großen allgemeinen Abrüstungskonferenz wird denn auch die kommende Ratstagung beschäftigen.

Zu Neujahr haben verschiedene leitende Staatsmänner Deutschlands, darunter auch der Reichspräsident selbst, die nationalen Forderungen Deutschlands mit einer Entschiedenheit angemeldet, wie sie bisher in dieser Formulierung noch nicht vernommen wurden. Zu ihnen gehört bekanntlich auch die Forderung der Revision des Youngplans. Schon allein die Tatsache, daß der Einkaufswert des Goldes seit dem Abschluß des Youngplans um zirka 15 Proz. gestiegen ist, macht eine solche Revision zur Notwendigkeit. Es war ein bedauerliches Versäumnis, daß wir damals die Goldklausel des Dawesplans nicht in den Youngplan aufnehmen ließen. Denn in ihrer Auswirkung bedeutet ja die Tatsache jener Goldwertsteigerung für uns eine faktische Mehrbelastung um etwa 15 Proz. Deutschland kann schon das, was damals den Gegenwert der Annuitäten ausmachte, nicht aufbringen, es kann noch viel weniger eine Neubelastung um 15 Proz. hinnehmen.

Offiziell hat sich der Völkerverbund allerdings mit der Reparationsfrage zunächst nicht zu befassen. Aber zweifellos wird gelegentlich der Genfer Ratstagung in den Gesprächen der Staatsmänner untereinander auch dieses Problem behandelt werden. Ebenso wird man an das Problem der Revision der Friedensverträge herangehen müssen, vor allem, soweit sie die Grenzziehung im Osten betrifft.

Was Deutschland von dem Völkerverbund zu erwarten hat, dürfte aus dem hier Gesagten klar hervorgehen. Wenn sich die Praktiken des Völkerverbunds nicht wesentlich ändern, wenn er sich nicht in Wahrheit zu einer internationalen Organisation der Gerechtigkeit entwickelt, wenn er weiterhin in erster Linie Instrument in der Hand Frankreichs bleibt, dann wird für Deutschland eines Tages der Moment gekommen sein, wo wir uns fragen müssen, ob die Mitgliedschaft in diesem Völkerverbund für uns noch irgend einen Wert hat.

Der Reichsgründungstag

Die Feier in Berlin

Anlässlich der 60. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung wird die Reichsregierung am 18. Januar im Reichstag in Berlin einen Festakt veranstalten, der, entsprechend unserer gegenwärtigen Lage, einfach und würdig gestaltet werden soll.

Die Feier, an der der Reichspräsident und die Reichsregierung teilnehmen, beginnt um 11.15 Uhr. Für die musikalische Ausgestaltung ist das Berliner Funkorchester unter Leitung seines Dirigenten Bruno Seidler-Winkler gewonnen worden. Die Festrede wird Prof. Dr. D. Kahl halten, der vor 60 Jahren auch an der Ausrufung des Reiches im Speiseaal von Versailles teilgenommen hat. Auch Reichsminister Dr. Brüning wird eine kurze Ansprache halten. Im Anschluss an die Feier wird der Reichspräsident die Front der vor dem Reichstage aufgestellten Ehrenkompanie abschreiten und sich sodann zu der Reichsgründungsfeier des Kaffhäuserbundes nach dem Sportpalast begeben. Vor dem Festakt im Reichstag wird der Reichspräsident an dem Festgottesdienst im Dom teilnehmen.

Markenartikel werden billiger

Die Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats über Preisbindung bei Markenartikeln sind in den letzten Tagen dezent gefördert worden, daß man in absehbarer Zeit mit einer Verordnung rechnen darf. Wie die „Wohlf. Ztg.“ erfahren haben will, soll beabsichtigt sein, allen Fabrikanten, die seit dem 1. August keine Preisermäßigungen durchgeführt haben, eine etwa 14tägige Frist zu stellen. Innerhalb dieser müßte eine Senkung der Preise um mindestens 10 Prozent erfolgen, oder der betreffende Artikel verliert seinen Preisschutz.

Erheblicher Rückgang des Branntweinkonsums

Nach einer Veröffentlichung des „Reichsanzeigers“ hat im letzten Jahre Deutschland die Hälfte weniger an Trankbranntwein verbraucht als im Vorjahre. In der Zeit vom 1. Oktober 1929 bis zum 30. September 1930 ist Trankspirit in Höhe von 256 000 Hektolitern in Deutschland getrunken worden, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 624 000 abgesetzt worden sind. Diese ständig abnehmende Tendenz des letzteren wird bei weitem überflügelt durch den Verbrauch im Jahre 1913, wo Deutschland 1,8 Millionen Hektoliter verbraucht hat, denen in dem nun abgelaufenen Geschäftsjahr nur der fünfte Teil gegenübersteht.

Eine genauere Betrachtung der Vorkriegs- und Nachkriegsstatistik vermittelt folgendes Bild: In den ersten Jahren des Jahrhunderts schwankt der Verbrauch von Trankbranntwein zwischen 2,3 und 2,7 Millionen. Dann ist infolge einer Steuererhebung im Jahre 1909/10 ein starker Rückgang zu verzeichnen. Der Verbrauch sinkt auf 1,8 Millionen, um sich in den folgenden Jahren etwa bei 1,9 Millionen zu heben und im letzten Vorkriegsjahre auf etwa 1,7 Millionen zurückzugehen.

Japans Wirtschaftslage

W.D. London, 8. Jan. (Tel.) Der Berichterstatter der „Times“ in Tokio meldet: Der japanische Finanzminister Inoué erklärte im Kabinett über die Aussichten der japanischen Wirtschaft, daß seiner Ansicht nach die schlimmste Zeit der Depression vorüber sei. Die japanische Presse allerdings ist der Meinung, daß Japan nicht wieder zum Wohlstand gelangen kann, solange der chinesische Markt in Unordnung ist und solange der Seidenhandel infolge der amerikanischen Wirtschaftskrise leidet.

Reichsbannertrauerfeier für Schneider. Das Berliner Reichsbanner veranstaltete am Mittwoch eine Trauerfeier für sein in der Silbersternzeit bei einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten niedergeschossenes Mitglied Willi Schneider. Als der Zug mit der Leiche die Köpinger Straße passierte, kam es zu erheblichen Störungsversuchen kommunistischer Mitleider. Die Polizei machte wiederholt vom Gummiknüppel Gebrauch. Auch mußte die Polizei Schreckschüsse abgeben.

Nachspiel zu den Demonstrationen bei der Reichstagsöffnung. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Schneider Curt wegen schweren Landfriedensbruchs zu 8 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 53 Tagen Untersuchungshaft. Curt hatte sich anlässlich der Eröffnung des Reichstags im Oktober 1930 an den Demonstrationen in der Leipziger Straße beteiligt und die Schaufensterscheibe eines Geschäftes eingeworfen.

Vorläufig kein Kommunistenprozeß in Birmasens. Die Nachricht, daß am 12. Januar in Birmasens bereits ein Teil der Kommunisten abgerichtet werden sollte, die in der bekannten Bombenangelegenheit angeklagt sind, hat sich als unrichtig herausgestellt. Man hört vielmehr, daß ein so früher Termin sich nicht ermöglichen läßt. Wohl war ursprünglich beabsichtigt, am 15. Januar die leichteren Fälle abzurteilen, doch haben neue Erhebungen und die Verhandlung von eingelaufenen Haftbeschwerden eine Verzögerung dieses Termins notwendig gemacht.

Kommunistische Überfälle in Jasterburg. Während der Anwesenheit des Reichsministers in Jasterburg kam es zu blutigen Überfällen von Kommunisten auf Nationalsozialisten und auch auf unbeteiligte Straßenpassanten, wobei u. a. drei Nationalsozialisten durch Dolchschläge schwer verletzt wurden. Es handelt sich um planmäßig vorbereitete Überfälle. Die Täter verschwand sofort, so daß sie bisher nicht ermittelt werden konnten. Wie verlautet, sollen im ganzen fünf Personen schwer und drei leicht verletzt worden sein.

Die Ruhrerböme

Erklärungen des Reichsarbeitsministers

W.D. Berlin, 8. Jan. (Tel.) In einer Besprechung mit dem Chefredakteur des Wolffschen Telegraphenbüros stellte Reichsarbeitsminister Dr. Seegerwald zu den Behauptungen des Zechenverbandes, daß dieser bei dem Lohnkonflikt im Ruhrbergbau von der Reichsregierung enttäuscht worden sei, u. a. fest:

1. Es ist nicht richtig, daß „offenbar unter dem Druck der Regierung“ der Schlichter für Westfalen sich nicht entscheiden konnte, „mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Spruch zu fällen“. Die Schlichter sind keineswegs nur willfährige Werkzeuge in der Hand der Regierung, sondern Persönlichkeiten mit eigener Meinung und Verantwortlichkeit, deren Unabhängigkeit von den Befehlen der Aufsichtsbehörde im Gesetz ausdrücklich gewährleistet ist.

2. Von keiner Regierungsstelle ist den Unternehmern bei der Kohlenpreisfestsetzung in Aussicht gestellt worden, daß im Ruhrbergbau eine Lohnkürzung von „mindestens 8 Prozent ab 1. Januar eintreten werde“.

3. In einer am 12. Dezember abgehaltenen Besprechung zwischen den Zechenbesitzern und dem Reichsarbeitsminister erklärten erstere, daß sie beschließen hätten, die Gesamtbelegschaft an der Ruhr am 15. Dezember zum 1. Januar zu kündigen. Der Reichsarbeitsminister entgegnete, daß die Ausführung dieses Beschlusses um Weihnachten zu große politische und auch wirtschaftliche und finanzielle Gefahren zum Jahresresultat zur Folge haben werde, daß die Reichsregierung ein solches Beginnen nicht ruhig hinnehmen könne. Auf die späteren Verhandlungstermine, am 29. Dezember 1930 und am 7. Januar 1931, auf die sich die Parteien geeinigt haben, hat das Reichsarbeitsministerium aber keinen Einfluß ausüben können.

Ein Termin, von dem an ein etwaiger neuer Schiedsspruch Wirkung erlangt, steht gegenwärtig noch nicht fest, so daß sich darüber zur Stunde weitere Bemerkungen erübrigen.

Der Schlichter schlägt 6 Proz. Lohnkürzung vor

Bei den Verhandlungen über einen Schiedsspruch im Ruhrbergbau, die, wie gemeldet, ergebnislos verlaufen sind, hatte der Schlichter, wie nun bekannt wird, einen 6prozentigen Lohnabbau vorgeschlagen.

Zu dem Scheitern der Lohnverhandlungen wird von Gewerkschaftsseite noch berichtet, daß die Verhandlungen nach halbtägiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden mußten, da beide Parteien auf ihrem Standpunkte stehen blieben. Die Zechenbesitzer verlangten bekanntlich ursprünglich eine Lohnherabsetzung von 12 Proz. und sind im Laufe der vorigen Schlichtungsverhandlungen auf 8 Proz. zurückgegangen, während die Bergarbeitergewerkschaften nur eine Lohnherabsetzung von 4 Proz. zusehen zu können erklärten. Im übrigen wird von den Bergarbeitergewerkschaften die Bildung einer unparteiischen Schlichterkammer, wie sie im Berliner Metallarbeiterkonflikt geschaffen wurde, einstimmig abgelehnt.

Am Samstagnachmittag tritt der Gesamtvorstand des Alten Bergarbeiterverbandes zu einer Beratung über die augenblickliche Lage im Ruhrbergbau in Bochum zusammen, während eine Reviertonferenz am Samstagvormittag ebenfalls in Bochum die augenblickliche Situation besprechen und sich über weitere Beschlüsse schlüssig werden wird.

Weiter wird gemeldet, daß der Schlichter, Prof. Dr. Braun, vor Eintritt in die Verhandlungen sich gegen einige Äußerungen über seine Schlichtertätigkeit in der Erklärung des Zechenverbandes wandte, insbesondere gegen den Vorwurf, er habe bei den Schlichtungsverhandlungen unter dem Druck der Reichsregierung gehandelt. Er sei in seiner Eigenschaft als Schlichter selbständig und unabhängig. Was die Vorwürfe gegen die Reichsregierung anbelange, so könne er erwidern, daß die Reichsregierung bzw. das Reichsarbeitsministerium an der Verschärfung des Konfliktes keine Schuld trügen. Er habe sich sehr darum bemüht, den Streit zu schlichten, aber leider sei es unmöglich gewesen, den Widerstand der Parteien zu beseitigen.

Weiteres Abflauen des Streiks

W.D. Duisburg-Hamborn, 8. Jan. (Tel.) Im Duisburg-Hamborner Bezirk ist die Streikbeteiligung weiterhin zurückgegangen. So führen in der heutigen Frühlingschicht von einer Gesamtbelegschaft von 7280 Mann nur 605 Bergleute nicht ein. Die Ziffern auf den einzelnen Schachtanlagen lauten: Auf Schacht II/V führen von 1378 Mann 1332 an, auf Schacht III/VII von 1021 Mann 806, auf Schacht IV/VIII von 1090 Mann 1058, auf Weederkwerth von 701 Mann 669, auf Lohberg von 636 Mann 396, auf Neumühl von 1336 Mann 1200, auf Westende von 852 Mann 850, auf Diergardt von 275 Mann 270.

Wilder Streik auch in Oberschlesien

Am Mittwoch ist auch im ober-schlesischen Steintohlenrevier ein wilder Streik ausgebrochen. Wie im Ruhrrevier ist die Streikbewegung auf die kommunistische Gewerkschaftsopposition zurückzuführen. Die Tarifgewerkschaften stehen ihm fern.

W.D. Deuthen, 8. Jan. (Tel.) Der Streik im ober-schlesischen Bergbau kann, abgesehen von kleineren Gruben, als im Abflauen begriffen angesehen werden. Die Belegschaft ist bei der heutigen Frühlingschicht zum größten Teil wieder eingezogen. Arbeitswillige wurden heute nirgends belästigt. Vor den einzelnen Grubentoren ist es zu größeren Ansammlungen gekommen.

Die Lohnverhandlungen in Ostoberschlesien ergebnislos abgebrochen

W.D. Kattowitz, 8. Jan. (Tel.) Die am Mittwoch begonnenen Lohnverhandlungen im ostoberschlesischen Bergbau sind nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern ergebnislos abgebrochen worden. Die Arbeitgebervertreter sprachen sich für einen Lohnabbau aus und begründeten ihre Stellungnahme damit, daß die Konkurrenzpreise für Exportkohle auf die Dauer nicht haltbar seien und der Lebensstandard sich in der letzten Zeit wesentlich verringert habe.

Kein Verbot des Remarquefilms in Österreich. Die österreichische Regierung hat beschlossen, die Aufführung des Remarquefilms „Im Westen nichts Neues“ nicht zu verbieten. Die Nationalsozialisten drohen mit neuen Kundgebungen.

Die Arbeitslosigkeit in England umfachte am 29. Dezember 2 643 127 Personen, was eine Zunahme um 24 756 gegenüber der Vorwoche und um 1 182 896 gegenüber dem Vorjahre bedeutet.

Norwegische Einreisegenehmigung für Trotski. Die norwegische Regierung hat entsprechend dem vom Verbande norwegischer Studenten ausgearbeiteten Wunsch beschlossen, Trotski die Genehmigung zu einem Aufenthalt in Norwegen für Ende Januar oder Anfang Februar zu erteilen, damit er vor dem Verbande in Oslo einen Vortrag halten kann.

Der Kanzler in Ostpreußen

Masuren, Ermland, Marienburg

Der Reichskanzler fuhr am Mittwochmittag von Lyda aus, wo er den Masuren für ihre Treue zur deutschen Heimat dankte, nach Allenstein. Unter den Gästen auf der Fahrt befanden sich auch deutsche Siebeler, die bis Johannesburg mitfahren. Der Kanzler erklärte ihnen, daß niemand daran dachte, auch nur einen Fuß breit deutschen Bodens an Polen abzutreten. Nach einer Tafel beim Allensteiner Regierungspräsidenten im alten Ordensstiftersschloß war eine Besprechung auf dem Rathaus, an der auch der inzwischen in Ostpreußen eingetroffene Reichsbankpräsident Dr. Lütjfer teilnahm. Hier dankte Dr. Brüning nochmals der Bevölkerung für die bisher bewiesene Treue zur angestammten Heimat, die auch in der jetzigen schwierigen Zeit das sicherste Unterpfand für einen Erfolg aller Hilfsmaßnahmen sei.

Um 18 Uhr wurde die Weiterfahrt nach Deutsch-Eylau angetreten. Von Deutsch-Eylau trat der Direktor der Reichsbahn-Gesellschaft, Dormmüller, die Rückreise nach Berlin an. In Deutsch-Eylau übernachteten die Herren im Sonderzuge. Heute, Donnerstag früh, wurde die Fahrt über Riesenburg, Freistadt und Bischofswerder nach Marienburg fortgesetzt.

Eine weitere Rede Dietrichs

In einer großen demokratischen Versammlung in Heidelberg sprach am Mittwochabend Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. In seinen Ausführungen ging der Minister besonders auf die Pressestimmen ein, die zu seinen in Stuttgart gemachten Vorschlägen laut geworden sind und erklärte, daß seine Vorschläge mit Subventionen nichts zu tun hätten.

Er habe ausdrücklich gesagt, bei der lebenswichtigen Produktion sei anzufechen und nicht etwa bei einem einzelnen Unternehmen eines solchen lebenswichtigen Produktionszweiges. Daß er durch seine Pläne die Finanzwirtschaft erschüttere, sei ein Vorwurf, für den keinerlei Beleg beigebracht werden könne. Wie solle ein Schaden für die Wirtschaft entstehen, wenn man, statt die Arbeitslosen zu unterstützen, das Geld dazu aufwende, sie zu beschäftigen? Daraus könne höchstens ein Vorteil entstehen. Er wolle die Arbeitslosenversicherung nicht abschaffen; denn sonst hätten wir am anderen Tage eine Revolution im Lande, sondern nur den Arbeitslosen Beschäftigung geben.

Ungünstige Aussichten der Europakonferenz

Der stellvertretende Generalsekretär des Völkerverbundes, Avono, der in Vertretung Sir Eric Drummonds auf der bevorstehenden Europakonferenz die Aufgaben des Sekretärs der Konferenz wahrzunehmen hat, war nach Paris gereist, um sich mit dem Vorsitzenden der Konferenz, Briand, über die Tagesordnung zu besprechen.

Zur allgemeinen Überzeugung wird bekannt, daß Avono den französischen Außenminister nicht geprügelt hat, sondern daß er lediglich von dem Kabinettschef Briands, Léger, empfangen wurde. Man hat in Genf den Eindruck, daß Briand der bevorstehenden Tagung gegenüber eine gewisse Passivität zeige, die vielleicht ihren Grund in der Tatsache habe, daß die Regierungen ihren Plänen gegenüber eine immer mehr zutage tretende Zurückhaltung üben. Auf die vom Generalsekretär vor einigen Monaten an 27 Regierungen gerichtete Aufforderung, Vorschläge für das Arbeitsprogramm der Konferenz zu machen, haben bisher, wie gemeldet, nur Deutschland, Belgien (nicht Bulgarien) und Südspanien geantwortet.

Russische Störung des Deutschlandsenders

W.D. Berlin, 8. Jan. (Tel.) Nachdem durch die Verhandlungen mit der Telegraphenverwaltung der Sowjetunion die Störungen des Deutschlandsenders Königsbrunn durch einen russischen Telegraphensender Anfangs Dezember 1930 vorübergehend beseitigt waren, sind sie seit einiger Zeit durch die Überwachungsstelle des Reichspostministeriums (Telegraphentechnisches Reichsam) erneut festgestellt worden. Über diese Störungen liegen aus zahlreichen Klagen von Rundfunkteilnehmern aus allen Teilen Deutschlands vor. Das Reichspostministerium ist daher erneut bei der Telegraphenverwaltung der Sowjetunion wegen dringender Abstellung der Störungen vorstellig geworden.

Die Vorgänge in Golaßowitz

In Abnith (Poln. Oberschlesien) begann am Mittwoch der Prozeß wegen der Vorfälle in dem kleinen evangelischen deutschen Dörfchen Golaßowitz (Kreis Pöhl), wo bekanntlich am Vortage der Wahlen zum polnischen Senat, also am 22. November vorigen Jahres nach einem Einfall der Aufständischen ein Polizeibeamter von dem erregten Ortseinswohnern erschossen worden ist.

Sämtliche acht Angeklagte, die sich zur deutschen Minderheit bekennen, haben bereits in der Voruntersuchung ihre Tat zugegeben. Die Verlesung der Anklageschrift ergab, daß die ganze Anlage lediglich darauf abgestellt ist, Material für Genz zu schaffen, nicht etwa Sühne für die bedauerlichen Taten zu bringen. Aus der ersten Aussage der Angeklagten ergab sich als interessantes Moment, daß die beiden Haupttäter den Polizeibeamten nicht erkannt hatten und erst, nachdem er bereits niedergeschlagen war, sahen, daß es sich um den Ortspolizisten handelte.

Der italienische Südamerikaflug

Doch zwei Flugzeuge verunglückt — 5 Tote

Rom, 8. Jan. (Tel.) Bei dem Abflug des italienischen Flugzeuggeschwaders von Bolama (Portugiesisch-Guinea) zum Transoceanflug nach Brasilien ereigneten sich zwei schwere Unfälle, die insgesamt 5 Menschenleben forderten.

Nach dem Start mußte ein Flugzeug, nachdem es eine Höhe von etwa 50 Meter erreicht hatte, aufs Meer niedergehen. Der rechte Schwimmer wurde dabei stark beschädigt. Der Mechaniker, der sich auf diesem Schwimmer befand, fand den Tod. Ein zweites Flugzeug mußte nach einem Fluge von etwa 10 Minuten mit großer Geschwindigkeit niedergehen. Bei dem Aufprall auf das Wasser geriet es in Brand. Die beiden Piloten, ein Kapitän und ein Leutnant, ferner der Mechaniker und der Junfer fanden dabei den Tod. Die beiden schweren Unglücksfälle sind auf die schwere Belastung zurückzuführen, wie sie für einen Ozeanflug erforderlich ist. Von den beiden Wasserflugzeugen, die auf dem Ozean niedergehen mußten, wird das eine heute Nacht in Fernando-Noronha erwartet, während das zweite morgen dort eintreffen dürfte.

Die Afrikafliegerin Ellv Reinhorn ist aus Lyon Mittwoch nachmittag in Barcelona eingetroffen und glücklich gelandet. Sie hat die Strecke Lyon-Barcelona in etwa 5 1/2 Stunden zurückgelegt. Sie will zwei bis drei Tage in Barcelona verweilen, um sich den letzten technischen Vorbereitungen für ihren Afrikaflug zu widmen, der sie von Barcelona aus, die spanische Küste entlang nach Cartagena oder Alicante und von dort zunächst nach Casablanca in Marokko führen wird.

Das amerikanische Frachtflugzeug „Trabewind“ ist auf den Bermudas gelandet. Es hatte am Mittwochmorgen von Hampton Roads (Virginia) aus seinen Etappenflug nach Europa fortgesetzt.

Kleine Chronik

Die Voruntersuchung gegen den Düsseldorf-Massenmörder Kürten ist abgeschlossen. Kürten ist für seine Taten voll verantwortlich. Die Staatsanwaltschaft ist mit der Abfassung der Anklageschrift beschäftigt.

In Hamburg ereignete sich in einer Wohnung eines Neubauwerks der Buchdrucker-Gesellschaft eine schwere Gasexplosion. Bis zu dem dritten Obergeschoß wurden die Verkleidungen von den Türen losgerissen und zahlreiche Türfüllungen eingedrückt. In der Wohnung fand man den 55-jährigen Wohnungsinhaber tot auf.

In ganz England herrscht starke Kälte. Seit mehreren Jahren war es in England nie so kalt. Der Schiffsverkehr ist teilweise lahmgelegt. Auf den vereisten Straßen ereigneten sich sehr viele Autounfälle.

Der Bericht über die Katastrophe des „R 101“. Der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Katastrophe des englischen Luftschiffes „R 101“ wird Mitte des Monats dem Luftfahrtminister vorgelegt und dann unverzüglich veröffentlicht werden.

Die im Rapsischen Meer auf einer Eischolle abgetriebenen 50 russische Fischer sind gerettet. Sie wurden durch den Wind ans Ufer getrieben.

Die Athletik-Kommission des Staates New York hat beschlossen, dem deutschen Schwergewichtsmittelmeister, Max Schmeling, den Weltmeistertitel abzurufen. Der Beschluß der Kommission kann Geltung nur für den Staat New York beanspruchen.

Graf Rüdiger traf in New York ein und begab sich an Bord seiner im Hudson verankerten Yacht „Mopelia“, auf der er bis zu seiner vollständigen Genesung verbleiben wird. Er hat, wie jetzt bekannt wird, bei seinem Autounfall unweit Baulegan 13 Knochenbrüche erlitten.

Badischer Teil

Statistisches aus Baden

Geburtenrückgang — Altersgruppierung

P.-A. Auf den Geburtenrückgang im Deutschen Reich, insbesondere auch in Baden, ist in der letzten Zeit wiederholt in der Tagespresse hingewiesen worden. Im Jahr 1900 betrug noch die Zahl der Geborenen (einschließlich Totgeborenen) 65 261, im Jahr 1929 haben wir in unserem Land rund 20 000 Geborene weniger. Um die Jahrhundertwende kamen auf 100 verheiratete weibliche Personen 20,3 lebendgeborene Kinder, heute nur noch 10,0. Besonders interessant ist dabei die Beobachtung, daß in früheren Jahren die Kinderzahl in Arbeitergemeinden erheblich größer war als in rein ländlichen Gemeinden. So entfielen im Durchschnitt der Jahre 1898/1902 auf 1000 Einwohner in Industriegemeinden 42 Geborene, dagegen in den vorwiegend ländlichen Gemeinden nur 30,6. Heute ist dieser Unterschied nahezu ausgeglichen: in Industriegemeinden kommen auf 1000 Einwohner heute 22, in vorwiegend ländlichen Gemeinden 21 Geborene.

Daß angesichts dieses Geburtenrückganges die Zahl der kinderreichen Familien von Jahr zu Jahr immer kleiner wird, liegt auf der Hand. Im Jahr 1900 gab es in unserem Land nach den Feststellungen des statistischen Landesamts 2148 Frauen, die zum 11. mal und häufiger niederkamen waren, d. h. 3,3 Proz. der Gesamtzahl aller Niederkünfte des Jahres; im Jahr 1929 beträgt diese Zahl 470, der Anteil an der Gesamtzahl der Niederkünfte ist auf 1 Proz. gesunken. Daß Frauen zum 16. mal und häufiger Kinder zur Welt bringen, kam im Jahr 1900 noch 138 mal vor, im Jahr 1929 nur noch 31 mal. Frauen mit 20 und mehr Niederkünften gab es im Jahr 1900 noch 7, im Jahr 1929 3. Die Zahl von 30 Niederkünften auf eine Frau, die noch im Jahr 1883 im Amtsbezirk Stodach festgelegt worden ist, hat sich seit jener Zeit nicht mehr wiederholt. Weitere Einzelheiten über Geburtenhäufigkeit, Geburtenhilfe, Geburtenrückgang und Geburtenüberschuss können aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Land Baden“, Jahrgang 1930, Seite 25 ff. entnommen werden.

Aus all den zahlreichen Erörterungen über das deutsche Bevölkerungsproblem tritt uns immer wieder die erfreuliche Feststellung entgegen, daß die mittlere Lebensdauer der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten beträchtlich zugenommen hat. Gegenüber dem Jahrzehnt 1871/80 hat sie einen Zuwachs von 20 und gegenüber den Jahren 1901/10 einen solchen von 8 Jahren aufzuweisen und beträgt heute 57 Jahre. Dank den Fortschritten der Medizin, Hygiene usw. und dank den segensreichen Auswirkungen der Sozialversicherung werden die Menschen älter und erreichen in größerer Anzahl als früher das biblische Alter. In unserem Heimatland gibt es, nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung (im Jahr 1925), wie wir dem soeben erschienenen „Statistischen Jahrbuch für das Land Baden“, Jahrgang 1930, entnehmen, insgesamt 69 941 Personen, die 70 und mehr als 70 Jahre alt sind, d. h. rund 9000 Personen mehr, als bei der Volkszählung im Jahre 1910 ermittelt worden sind. Von diesen Veteranen sind insgesamt 57 690 zwischen 70—80, weitere 11 908 zwischen 80—90 und 343 sogar 90 und mehr als 90 Jahre alt. In allen 3 Altersstufen überwiegen die Greisinnen — Frauen werden danach älter als Männer —.

4 Personen sind bei der letzten Volkszählung (1925) in Baden ermittelt worden, die mehr als 100 Jahre alt sind, und zwar stehen 3 davon im 101. und eine Greisin sogar im 103. Lebensjahr. Es liegt beinahe märchenhaft, daß sich Leute unter uns befinden, die schon gelebt haben, als es in Deutschland noch keine Eisenbahnen gegeben hat. Ein so hohes Alter erreichen im allgemeinen nur Verheiratete; Gattinfolge sind unter den ältesten Jahrgängen seltener anzutreffen.

Winterturen im Landesbad in Bad Dürheim

Es scheint nicht allgemein bekannt zu sein, daß das staatliche Landesbad in Dürheim während des ganzen Winters geöffnet ist. Bei guter Unterluft und Verpflegung ist hier zu mäßigem Preis Gelegenheit geboten, Winterturen, mit denen in Bad Dürheim bekannt gute Erfolge erzielt werden, durchzuführen. Auch ist im Winter mit sofortiger Einberufung zu rechnen.

Gebung der Rheinflischerei

Auch im abgelaufenen Jahre sind durch den Landesfischereiverein in den badischen Gewässern namhafte Erfolge von Jungfischen vorgenommen worden. So wurden in den Altgewässern unterhalb Basel bis Steinmetztal Schleie und Karpfen, in freiem Rhein bei Kadelburg Forellen eingefischt. Auf der Strecke Rheinfelden bis Laufenburg wurden in die Staufen der Kraftwerke Zanben eingebürgert. Schließlich wurden oberhalb Säckingen einige gehäufend Junghechte eingefischt. Im Frühjahr 1931 sollen von Mannheim bis zum Bodensee 1,5 Zentner Aalbrut eingefischt werden.

Der neue Unterrichtsplan für den Mädchenhandarbeitsunterricht

Der Handarbeitsunterricht im Dienste der allgem. Erziehung Zum Vollzug des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 und des Gesetzes über die allgemeine Fortbildungsschule vom 19. Juli 1918 ist — wie schon kurz gemeldet — jetzt für den Mädchenhandarbeitsunterricht an der Volksschule, und soweit Handarbeitsunterricht für die Fortbildungsschule Unterrichtsplan erschienen. Er tritt an den genannten Schulen für alle Jahrgänge mit dem Beginn des Schuljahres 1931/32 in Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung wird der im Jahre 1925 versuchsweise eingeführte Unterrichtsplan aufgehoben.

Der Handarbeitsunterricht für die Mädchen bezweckt zunächst die Heranbildung der Schülerinnen zu möglichst großer Tüchtigkeit in der Herstellung einfacher Gegenstände des Hausgebrauchs, sodann aber soll er Freude an nützlicher Betätigung im Haushalt wecken, den Sinn für Ordnung und Sparsamkeit schärfen, einen guten Geschmack heranbilden, die Phantasie anregen und zur Selbständigkeit im körperlichen und geistigen Gestalten der Bildungsstoffe, die dem Unterricht zugrunde liegen, erziehen. So sieht der Handarbeitsunterricht auch im Dienste der allgemeinen Erziehungsaufgabe der Schule. Da der Handarbeitsunterricht Klassenunterricht ist, soll er mit Zeichen, Naturlehre und Naturgeschichte eine möglichst enge Fühlung nehmen. Die Lehrweise hat von der in der Arbeitsschule üblichen Lehrweise nicht abzuweichen. Die Handarbeitslehrerin soll jede Aufgabe der Klasse als Problem stellen, auch die Zusammenhänge zwischen Zweck des Gegenstandes, Stoff, angewandter Technik und Schmuck erläutern und Zeichnungen, Schnittmuster und Modelle anfertigen lassen.

In besonderen örtlichen Arbeitsplänen sind für alle Schulen, in denen der Handarbeitsunterricht erst mit einem späteren als dem zweiten Schuljahr beginnt, oder in denen zwei oder mehrere Schuljahre zu gleichzeitigem Unterricht in einer Klasse vereinigt sind, oder in denen der Unterricht nur halbjährig erteilt wird, die notwendigen Änderungen der Stoffverteilung festzulegen. Diese Arbeitspläne bedürfen der Genehmigung durch das Kreis- oder Stadtschulamt.

Der eigentliche Unterrichtsplan enthält die Verteilung des Lehrstoffes für die einzelnen Klassen der Volksschule bzw. der Fortbildungsschule unter den Gesichtspunkten der Stoffkunde und Werklehre, der Geschmacks- und Stofffestigung. Wenn die Schülerinnen den reichhaltigen und vielseitigen Lehrstoff wirklich beherrschen, dann haben sie viel gelernt, was auch vor allem für den Beruf der Frau im Hause von großem Wert ist.

Tätigkeit des Justizministeriums in Gnadensachen im Jahre 1930

P.-A. Im Jahre 1930 hat das Justizministerium 4721 Gnadensachen gerichtlich befristet. Personale erledigt. Gnadenweise ergingen 2886; darunter befindet sich eine größere Zahl von Gnadenakten, die aus Anlaß des Weihnachtsfestes ausgesprochen worden sind. Von den Gnadenurteilen lauteten 1049 auf bedingte Strafaussetzung — Strafausschub oder Straferlaub unter Setzung einer Bewährungsfrist mit Aussicht auf spätere Wegnadigung bei guter Führung innerhalb der Bewährungsfrist —, 267 auf völliger oder teilweiser Nachlaß von Freiheitsstrafen, 220 auf völliger oder teilweiser Nachlaß von Geldstrafen, 351 auf Anordnung der beschränkten Ausstufung aus dem Strafregister oder auf Tilgung von Strafregistererträgen, 707 auf sonstige Gnadenakte (Strafmandat, Nachlaß von Nebenstrafen, einfacher Strafausschub oder Straferlaub, Gewährung von Teilzahlung bei Geldstrafen usw.). Abgelehnt wurden 1728 Gnadenansuchen. In 127 Fällen mußte eine im vorigen Jahre oder früher gewährte bedingte Strafaussetzung wegen schlechter Führung des Verstraften innerhalb der Bewährungsfrist widerrufen werden.

Zu den in der Ministerialinang gewährten Gnadenurteilen kommt noch eine größere Zahl bedingter Strafaussetzungen und Strafnachlässe, welche die Gerichte auf Grund der ihnen erteilten Ermächtigung im vorigen Jahre bewilligt haben. Ihre genaue Zahl kann zur Zeit nicht angegeben werden, da die statistischen Übersichten über den Geschäftsstand der Gerichte im Jahre 1930 noch nicht vorliegen. Sie wird aber kaum hinter der Zahl der im Jahre 1929 von den Gerichten ausgesprochenen Gnadenurteilen zurückbleiben, die 4023 Fälle betragen hat.

Ausländer in Baden

P.-A. Unser Land hat von jeher eine beträchtliche Zuwanderung von Reichsausländern aufzuweisen gehabt. In den Vorkriegsjahren waren es vor allem unsere günstigen Erwerbsmöglichkeiten, die eine starke Anziehungskraft über die Reichsgrenzen hinaus ausübten. Allein in den neunziger Jahren (von 1890—1900) des vorigen Jahrhunderts, also in einer Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs, ist die Zahl der in Baden ansässigen Ausländer von 17 798 auf 35 033 angestiegen, um in den folgenden Jahren in langsamem Tempo bis auf 41 912 im Jahre 1910 anzuzuwachsen. Krieg und Kriegsfolgen haben diese Entwicklung jäh unterbrochen und zunächst eine erhebliche Verringerung der in Baden wohnhaften Ausländer mit sich gebracht. Mit der in den anschließenden Nachkriegsjahren erfolgten Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu dem Ausland, an der Baden als Grenzland in erster Linie beteiligt war, hat auch die Zuwanderung über die Reichsgrenzen erneut eingesetzt. Bereits im Jahr 1925 wurden, wie wir in dem soeben erschienenen statistischen Jahrbuch für Baden, entnehmen, wieder insgesamt 20 233 in Baden wohnhafte Ausländer festgestellt. Davon stammt über die Hälfte aus den Nachbarländern Schweiz (8906), Österreich (2732) und Frankreich (988). Stark verringert hat sich die Zahl der italienischen Staatsangehörigen (1867), die in der Vorkriegszeit zu Tausenden, hauptsächlich als Arbeitskräfte im Baugewerbe, bei uns zu finden waren. Bemerkenswert groß dagegen ist die Zahl der ermittelten Hochscholowakischen (2224), polnischen (1709) und russischen (526) Staatsangehörigen. Eine größere Gruppe (505) bilden schließlich noch die Staatenlosen, während die übrigen in Baden lebenden Ausländer (2876) sich auf über 30 sonstige europäische und außereuropäische Länder verteilen.

Ein neues Rheinkraftwerk bei Schaffhausen

Bei den zuständigen schweizerischen Behörden sind das Konzessionsgesuch und die Projektpläne der Stadt Schaffhausen sowie das Konzessionsgesuch der Nordostschweizerischen Kraftwerke eingereicht worden für ein Kraftwerk zur Ausnutzung der Gefällstrecke des Rheins von oberhalb Dieffenhofen bis unterhalb der Gemarkungsgrenze Schaffhausen-Neubausen, mit der Ermächtigung, den Rheinwasserspiegel bei der Schifflände Schaffhausen aufzustauen. Durch die Anlage von Wehr und Kraftwerk etwa 400 Meter unterhalb des Mofedammes soll der Rhein bei Niedrigwasser am Wehr um ungefähr 6,35 Meter aufgestaut werden.

Die badischen Aktiengesellschaften im Jahre 1930

P.-A. Die Zahl der badischen Aktiengesellschaften, die zu Beginn des Jahres 1930 noch 443 betrug, ist in dessen Ablauf nach den Feststellungen des statistischen Landesamts auf 424 zurückgegangen. Einem Zugang von 12 neuen Gesellschaften steht ein Abgang von 31 gegenüber; der Gesamtbestand hat somit eine Minderung von 19 Gesellschaften erfahren.

Von den neuhinzugekommenen Gesellschaften sind nur 3 tatsächliche Neugründungen, 7 Gesellschaften bestanden bisher schon in einer anderen Unternehmungsform, die restlichen 2 waren bereits in früheren Jahren gegründet und haben im Laufe des Jahres 1930 ihren Sitz nach Baden verlegt. Nach dem Zweck ihres Unternehmens verteilen sich die neuen Gesellschaften auf folgende Gewerbegebiete: Textil-, Holzindustrie, Nahrungsmittel-, Bau-, Schanwirtschaftsgewerbe je 1 Gesellschaft, Metallindustrie und Gas- und Elektrizitätsversorgung je 2, Handelsgewerbe 3.

Von den aufgehobenen Gesellschaften sind 14 in Liquidation getreten, über 7 wurde das Konkursverfahren eröffnet, 4 gingen im Wege der Fusion auf andere Gesellschaften über, ebenso viele wurden von Amts wegen gelöscht, 2 verlegten ihren Sitz nach Auerbachen. Ihrem Geschäftsbetrieb nach gehörten von diesen Gesellschaften an: der nichtlandwirtschaftlichen Gärtnerei und dem Versicherungswesen je 1 Gesellschaft, der Industrie der Steine und Erden, der chemischen, Textil-, Holz- u. Musikinstrumentenindustrie je 2, dem Nahrungsmittelgewerbe 3, dem Metallindustrie und dem Handel je 8.

Wenn auch die Zahl der aufgehobenen Aktiengesellschaften nicht die Höhe des Vorjahres (38) erreichte, so kennzeichnet schon die Tatsache, daß von diesen Gesellschaften 7 in Konkurs gerieten, die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse. Noch deutlicher tritt diese zutage, wenn man die Geschäftsergebnisse betrachtet. Von insgesamt 322 Aktiengesellschaften, deren Bilanzen für das Geschäftsjahr 1929 bzw. 1929/30 bisher bekanntgemeldet sind, konnten nur 113 eine Gewinnausschüttung vornehmen, von diesen verteilten 26 Gesellschaften eine Dividende bis zu 5 Proz., 68 über 5—10 Proz., 16 über 10 bis 15 Proz. und 3 über 15 Proz. 109 Gesellschaften arbeiteten mit Verlust. Die übrigen 100 erzielten zwar einen bilanzmäßigen Gewinn, mußten jedoch von dessen Ausschüttung Abstand nehmen.

Aus der badischen Industrie

Die Mannheimer Metallarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab. Bei der Urabstimmung über den Schiedsspruch im Mannheimer Metallarbeiter-Lohnstreit ergab sich eine große Mehrheit (83 Proz.) für die Ablehnung des Spruches. Mannecher beginnen am heutigen Donnerstag vor dem Landespräsidenten in Karlsruhe Verhandlungen.

Dem Schiedsspruch in der badischen Holzindustrie haben die Arbeitnehmer die Zustimmung versagt.

Die Firma Georg Schneider, Vereinigte Zeller Keramische Fabriken in Zell a. N., hat 14 kaufmännische und technische Angestellte mangels genügender Aufträge entlassen. Die Entlassung von etwa 60 Arbeitern soll bevorstehen.

Aus der Zigarrenindustrie. Am Mittwoch hat die Zigarrenfabrik P. J. Landfried (Seidelberg) in ihren Filialen Dielheim, Rot und Kronau den Betrieb in beschränktem Umfang wieder aufnehmen lassen. Wie man hört, will die Firma auch in ihren übrigen Filialen im Bezirk demnächst wieder ihre Arbeiter beschäftigen lassen. Sämtliche übrigen Zigarrenfabriken des Bezirks sind noch geschlossen und es besteht wenig Aussicht, daß die Fabrikatorn in nächster Zeit wieder geöffnet und sämtliche 5000 Tabakarbeiter des Wieslocher Bezirks wieder eingestellt werden.

5000 arbeitslose Tabakarbeiter im Bezirk Bruchsal. Durch die Arbeiterentlassungen in Reuthardt (200), Odenheim (200) und Obergombach ist die Zahl der arbeitslosen Tabakarbeiter im Bezirk Bruchsal auf annähernd 5000 gestiegen. Da noch einige Entlassungen bevorstehen, wird diese Zahl wohl erreicht werden.

Tagungen

Tagung der badischen Haus- und Grundbesitzer. Der Termin des diesjährigen 29. ordentl. Verbandstages badischer Haus- und Grundbesitzervereine in Achern wurde endgültig auf den 6. und 7. Juni festgesetzt.

Keine Uniformierung der Windthorst-Bündler. Die badischen Windthorst-Bünde hielten in Karlsruhe eine Führertagung ab. Dabei wurde in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Reichsvorstandes eine Uniformierung der Windthorst-Bündler einmütig abgelehnt. Im Verlaufe einer Rede des Parteivorstandes, Präsident Dr. Baumgartner, führte dieser aus, es müsse zwischen Demokratie und Massenherzschafft klar entschieden werden. Auf der ganzen Linie sei der Kampf gegen den Nationalsozialismus zu führen. Die Flamme der nationalen Begeisterung müsse in der Partei unterhalten und genährt werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Januar		6. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,96	169,30	169,00	169,24
Kopenhagen 100 Kr.	112,18	112,40	112,21	112,43
Italien . . . 100 L.	21,98	22,02	21,96	22,00
London . . . 1 Pf.	20,382	20,422	20,385	20,425
New York 1 D.	4,1980	4,2060	4,1980	4,2060
Paris . . . 100 Fr.	16,47	16,51	16,468	16,508
Schweiz . . . 100 Fr.	81,37	81,53	81,375	81,535
Wien 100 Schilling	59,04	59,16	59,03	59,15
Prag . . . 100 Kr.	12,444	12,464	12,437	12,452

Süddeutsche Zuder-AG, Mannheim. Nach dem Bericht über das Geschäftsjahr per 31. August 1930 war die Rübenenernte meist gut, mit hohem Zudergehalt. Die abermalige höhere Erzeugung hatte eine höhere Ausfuhr zur Folge, die bei den unbefriedigenden Weltmarktpreisen eine starke Beeinträchtigung des Erlöses mit sich brachte. Als weitere Ursache für die starke Ausfuhr kam ein Rückgang des Inlandsverbrauchs, der sich nicht, wie man angenommen hatte, um 30 Proz. vermehrte, sondern im Gegenteil um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat. Die Einschränkung eines übermäßigen Rübenanbaues soll erst für die Kampagne 1931/32 durchgeführt werden. Der Verbrauchszuder konnte zu einem annehmbaren Durchschnitt verkauft werden; eine Enttäuschung hat die Verwertung von Schnitzeln und Melasse gebracht, doch sind die Resultate der Werke im ganzen als verhältnismäßig gut anzusehen. Die eigene Landwirtschaft hat im Berichtsjahr an Hülsenfrüchten und Rüben eine Mittelernte zu verzeichnen gehabt. Für das laufende Betriebsjahr werden die Aussichten als nicht günstig bezeichnet. Der Kaufrübenanbau hat weiter zugenommen, der Zudergehalt bleibt hinter dem des Vorjahres zurück. Der Preissturz am Schmelz- und Melassemarkt hat sich weiter fortgesetzt, doch hofft die Gesellschaft, die Erzeugung unterzubringen. Durch die außerordentlich große Rübenenernte bedingt, muß ein Viertel der Produktion ausgeführt werden. Es ist an-

zunehmen, daß sogar der Prozentsatz noch höher wird, wenn nicht die zur Zeit schwebenden internationalen Verhandlungen eine andere Lösung ergeben. Der Betriebsüberschuss ist fast gleich geblieben, er beträgt 4 979 836 (4 936 837) M. Er erhöht sich durch den Vortrag um 1159 (1150) Mill. Reichsmark nach 1 241 059 (1 346 936) M. Abschreibungen haben der Generalversammlung 4 789 550 (4 739 773) M. zur Verfügung. Bekanntlich soll die Dividende auf die Stammaktien von 12 auf 10 Prozent gekürzt werden, damit der Vortrag größer wird, er beträgt 1 810 550. In der Bilanz sind die Anlagen um 1 Million auf 10. Mill. Reichsmark abgeschrieben worden. Die Vorräte sind mit 15,98 gegenüber dem Vorjahr (14,7) Mill. erhöht.

Konkurse und Vergleichsverfahren. Über das Vermögen der Firma Konfektionshaus E. Michel-Wöfen in Karlsruhe wurde das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Über das Vermögen der Obstzentrale und Spanfortvertrieb AG. in Mühl wurde der Konkurs eröffnet.

Der Verkehr im Basler Rheinhafen erreichte im Jahre 1930 eine Gesamtumschlagsziffer von 1 097 141 Tonnen, was eine einzig dastehende Rekordziffer darstellt. Im Jahre 1929 betrug die Umschlagsziffer 618 590 Tonnen. Im abgelaufenen Jahre liefen in den Basler Hafenanlagen 372 Dampfer, 3634 Kähne und 45 Güterboote ein. Im Jahre 1921 waren es 2 Dampfer und 2 Kähne; diese Ziffern zeigen die schnelle Entwicklung des Schiffsverkehrs auf dem Rhein bis Basel innerhalb eines Jahrzehnts.

Aus der Landeshauptstadt

Die Reichsgründungsfeier der Technischen Hochschule Karlsruhe findet am Samstag, den 17. Januar, um 11 Uhr vormittags in der Aula statt. Prof. Dr. Schnabel wird über „Der Freierr vom Stein und der deutsche Staat“ sprechen. Es soll eine Erinnerungsfunde an den 100. Todestag Freiherrn vom Stein sein.

Gelbe Rückenbänder für Auskunftsbeamte. Nach einer Verfügung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn werden von jetzt an alle Reichsbahnbediensteten, die auf den Bahnsteigen und in den Vorkahren der Bahnhöfe mit der Auskunftsbeurteilung in Reiseverkehrsangelegenheiten betraut sind, durch gelbe Rückenstreifen mit schwarzer Aufschrift „Auskunft“ gekennzeichnet sein. Die bisher üblichen gelben Armbänder fallen somit fort.

Der Inventurausverkauf findet in Karlsruhe in der Zeit vom 8. bis einschließlich 19. Januar 1931 statt.

Die Freiwillige Sanitätskolonne Karlsruhe hielt in ihrem Heim (Stephanienstraße 74) ihre Weihnachtsfeier in bescheidenem Rahmen ab. Mit den von Freunden und Gönnern überlassenen Gaben konnte zahlreichen arbeitslosen Mitgliedern eine große Freude bereitet werden. Bei der Feier wurde Regierungsrat Ott zum Ehrenmitglied des Karlsruher Männervereins vom Roten Kreuz (Freiwillige Sanitätskolonne) ernannt. Die Feier wurde noch verschönert durch die Vorführung des Filmes, der anlässlich der Übung am Landestheater bei der Reichsverbandstagung aufgenommen wurde.

Mastschweinefleisch. Die Bad. Landwirtschaftskammer veranstaltet am 16. und 17. Januar 1931 im städtischen Schlacht- und Viehhof in Karlsruhe die erste badische Mastschweinefleisch mit Preisverteilung. Die Schau wird nur von badischen Züchtlern mit etwa 50 Tieren besichtigt.

Internationale Berufsringkämpfe im „Colosseum“. Wie uns aus dem Theaterbüro des Colosseums mitgeteilt wird, beginnt am Freitag, den 16. Januar, im Colosseum eine große internationale Ringkampfkonkurrenz, die durch Hinzuziehung prominenter Ringkämpfer einen spannenden Verlauf verspricht. Den Ringkämpfen geht ein einstündiges Varietéprogramm voraus. Die ringkampfportliche Veranstaltung steht unter der Kontrolle des internationalen Ringverbandes, Organisation und Kampfleitung liegen auch dieses Mal wieder in Händen des bewährten offiziellen Schiedsrichters des I.R.V., Herrn Carl Weggold.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Der Kern des europäischen Hochdruckgebietes, der inzwischen 776 Millimeter erreicht hat, verlagert sich langsam von England nach Mitteleuropa. Unter seinem Einflusse steht für längere Zeit Frostwetter bevor, da wir mit nordöstlichen Winden, Luftzufuhr aus Gebieten erhalten, in denen während der letzten Tage verbreitet Schnee gefallen ist. Wetterausblick: Keine wesentliche Änderung.

Wasserkände: Waldsüt 249—8, Basel 66—15, Schupferinsel 129—13, Rehl 295—16, Magaz 506—24, Mannheim 466—28, Taub über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Oberglottertal wurde August Reichenbach vom Saderehof mit starker Stimmenmehrheit zum Bürgermeister gewählt. Schon sein Vater hatte das Amt lange Jahre inne.

Bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstandes in Weinheim a. d. B., haben von 72 Stadtverordneten 70 abgestimmt. Es entfielen Sitze: auf Zentrum 1, Sozialdemokraten 2, Nationalsozialisten 3, Kommunisten 1, Bürgerverein 1, Deutsche Volkspartei (Staatspartei) 1.

Die Wanderversorge in Adelsheim wurde im Monat Dezember von 375 Wandernern in Anspruch genommen. Im letzten Vierteljahr wurden 959 Durchreisende verpflegt. Was diese Zahlen sagen, ist ersprechend.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Mosbach. Im Bezirk des Arbeitsamtes Mosbach stehen zur Zeit insgesamt 1401 männliche und 79 weibliche, zusammen 1480 Personen in Unterstufung, d. h. 16,8 Proz. Hauptunterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner des Bezirks gegen 18,2 im Vorjahr.

Zwangweise Umlageerhöhung in Mosbach. Da im Etat der Stadt Mosbach mit einem Defizit von 8—10 000 Reichsmark zu rechnen ist, hat der Bezirksrat die Umlage vom Grundvermögen um 10 Reichspfennig, vom Betriebsvermögen um 4 Reichspfennig und vom Gewerbevermögen um 50 Reichspfennig erhöht, um so einen Ausgleich im Gemeindehaushalt herzustellen.

Aus dem Röhler Gemeinderat. Auf ein Ausschreiben der Stadtverwaltung haben sich 15 private Bauherren gemeldet, die bei Gewährung von verbilligten Baudarlehen bereit wären, 47 Wohnungen mit einem Bauaufwand von 400 000 M. zu erstellen. Der Gemeinderat hat einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Pflichtarbeit für Wohlfahrtsverbände und Erhöhung der Unterstützung um 20 Proz. abgelehnt und das Wohlfahrtsamt angewiesen, bei offensichtlicher Arbeitsverweigerung die Unterstützung zu entziehen.

Rücktritt des Schopfheimer Bürgermeisters. Nach 22jähriger Dienstzeit als Bürgermeister von Schopfheim hat Bürgermeister Heeg um Entbindung vom Dienst wegen leidender Gesundheit gebeten. Sechs Jahre war Bürgermeister Heeg Bürgermeister von Redargemünd, als er in Schopfheim zum Bürgermeister gewählt wurde, wo er eine verdienstvolle Tätigkeit, insbesondere während der schweren Kriegs- und Nachkriegszeit, ausübte.

Freiwillige Gehaltskürzung. Der Bürgermeister, die Beamten und Angestellten der Stadtgemeinde Emmendingen haben, entsprechend den geltenden Gehaltskürzungsbestimmungen der Notverordnung, freiwillig in eine sechsprozentige Gehaltskürzung ihrer Bezüge eingewilligt.

Über 33 Jahre Bürgermeister. Am 1. März tritt in Arlen (Amt Sigen) Bürgermeister Graf in den Ruhestand. Er war über 33 Jahre Bürgermeister der Gemeinde und steht jetzt im 75. Lebensjahr.

Dr. Scarius' Amtsantritt. Oberbürgermeister Dr. Scarius in Ludwigshafen, der bisher Bürgermeister in Forzheim war, tritt sein Amt Montag, den 19. Januar an.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Bruchsal, 8. Jan. Das Bruchsaler Schloß wurde im Monat Dezember von 427 Personen besucht. Im Jahre 1930 zählte man insgesamt 21 553 Schloßbesucher.

D. Fretolzheim, 8. Jan. Von religiösem Leben sind gefallen wurde ein im Spätjahr gewählter Gemeinderat, der in der Nacht zum Sonntag den Christlichen wiederholt um Abhaltung eines Gottesdienstes ersuchte. Man kaufte den Bedauernswerten, der auch Nachfolger des bisherigen Bürgermeisters werden wollte, nach einer Heilanftalt.

D. Zell a. S., 8. Jan. In der Papierfabrik Zell-Unterschmarnsbach wurde der 20jährige Arbeiter Johann Hsemann aus Unterschmarnsbach von einer Papiermaschine erfasst und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das Unglück ereignete sich frühmorgens kurz vor der Ablösung, als der als braver Mensch bekannte junge Mann den Platz unter der Maschine von den Abfällen säubern wollte.

D. Kleinlaufenburg, 7. Jan. Wie aus dem gegenüberliegenden schweizerischen Laufenburg bekannt wird, steht ein Motorbootunternehmen in Eglisau mit Interessenten in Laufenburg in Unterhandlung wegen Einrichtung eines Motorbootverkehrs auf dem Rhein. Im Interesse des Fremdenverkehrs wird dieser Plan auch von der badischen Nachbarschaft begrüßt.

D. Stodach, 7. Jan. Das „Hohe grobgünstige Narrengericht“ hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Lage von größeren Veranstaltungen während der diesjährigen Fastnacht abzusehen. Das Narrenbaumfest und die Abhaltung eines Narrenballes am Fastnachtdienstag werden jedoch, dem uralten traditionellen Stodacher Fastnachtsgeste entsprechend, stattfinden.

D. Konstanz, 7. Jan. Der hiesige Gastwirtverein und die Hoteliervereinigung haben in einer gemeinsamen Versammlung gegen die vom Landeskommissar diffidierte Gemeindevertränke Stellung genommen. In einer Entschließung betonen sie, daß durch die neue Steuer die letzten Gäste aus den Lokalen der Stadt Konstanz in die Schweiz vertrieben würden. Durch den Einnahmeausfall werde das Wirtschaftswesen weniger an die Stadt abliefern und die erhofften Mehreinnahmen der Stadt würden somit ausbleiben.

D. Basel, 7. Jan. Der zur Zeit in einem Basler Filmtheater laufende Konflikt „Im Westen nichts Neues“ findet auch in der badischen Nachbarschaft das Interesse, und viele fahren nach Basel, um sich den Kriegsfilm anzusehen. Die Direktion des betreffenden Unternehmens erhielt von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Bezirk Rastatt (Rastatt), ein Schreiben, in welchem dem Bauern über die Aufführung des Films in der Schweiz Ausdruck gegeben wird. In dem Schreiben heißt es u. a.: Wir werden in Rastatt und Umgebung alles daran setzen, um uns gegen Schmähungen auch im Auslande zu wehren.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Festlegung des Zuschlags zu den Brandentschädigungen.

Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zu gewährenden Zuschlag zur gesetzlichen Brandentschädigung wird bis auf weiteres in der Weise festgesetzt, daß für Schadensfälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. Januar 1931 an erfolgt, eine Gesamtentschädigung (Grundentschädigung samt Zuschlag) in Reichsmark gewährt wird, die sich auf das 1,50fache der nach Baupreisen vom 1. August 1914 festgesetzten Entschädigung beläuft.

Karlsruhe, den 5. Januar 1931.

Der Minister des Innern:
J. Witte mann

Unerwartet verschied heute unser Prokurist

Herr Regierungsrat

Wolfram Hauger.

In dem Heimgegangenen verlieren wir einen hervorragend tüchtigen Mitarbeiter, der stets seine ganze Kraft in den Dienst unseres Unternehmens stellte.

Wir werden ihm ein ehrenvolles Gedenken bewahren.

Karlsruhe, den 8. Januar 1931.

Aufsichtsrat und Direktion des Badenwerks.

Nachruf.

Heute verschied nach kurzem Leiden unser verehrter Personalchef

Herr Regierungsrat

Wolfram Hauger
Prokurist

Wir betrauern in dem Verewigten einen Mann von reichem Wissen und vorbildlicher Pflichterfüllung, dessen hoher Gerechtigkeitssinn und Herzengüte unsere tiefste Verehrung gewann.

Wir werden dem Heimgegangenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Karlsruhe, den 8. Januar 1931.

Die Angestellten und
Arbeiter des Badenwerks

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der **KARLSRUHER ZEITUNG** BADISCHER STAATSANZEIGER

FORMULARE

u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. BRAUN GMBH.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14 u. 18, Tel. 952—54

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER DOSENHEIM A. B. BRUNNEN

LIEFERT AUS SCHLOSS HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL



Badisches Landestheater

Freitag, den 9. Januar 1931 * F 13. (Freitagmiete) Th. Gem. III. S.-Gr., I. Hälfte

Die Bohème

Von Puccini

Dirigent: Schwarz Regie: Bruschka

Mitwirkende: Blant, Fischbach, J. Größinger, Hopsach, Kalnbach, Nentwig, Derner, Nitsch, Schoepflin, Arras, Kilian, Schäfer

Anfang 20 Ende 22 1/2 Preise C (1—7 RM)

Sa. 10.1. Nachm.: Der große Christoph. Abends: Die schöne Helena. So. 11.1. Nachm.: Der Evangelimann. Abds.: Zar und Zimmermann. Im Konzerthaus: Meine Schwester und ich. No. 12.1. Das Lamm des Armen.